

DER DEUTSCHE IN POLEN

FÜR CHRISTLICHE POLITIK, KULTUR UND WIRTSCHAFT

Nr. 45

[Kattowitz]

Sonntag, 10. November 1935

2. Jahrgang

Wirtschaftliche Belastung - politische Entspannung

Vier Wochen Regierung Koscialkowski

Aussichten

Das Kabinett Koscialkowski-Kwiatkowski besitzt jetzt die Ermächtigung, die es vom Parlament verlangt hat, um sein finanzielles und wirtschaftliches Sanierungsprogramm durchzuführen. Solche Ermächtigungsgesetze sind den verschiedenen Regierungen, an denen der Marschall Pilsudski beteiligt war, in den letzten neun Jahren wiederholt für viel längere Fristen erteilt worden als in diesem Falle, da die neuen Vollmachten nur für zweieinhalb Monate laufen. Aber das Neue der diesmaligen Regelung ist das Nebeneinander von Gesetzgebung an dem Verordnungswege und parlamentarischer Arbeit. Sonst galten die Ermächtigungen für die parlamentarischen Sommermonate, diesmal wird das Kabinett davon Gebrauch machen können, während Sejm und Senat bereits zur Haushaltsberatung für das nächste Rechnungsjahr (1936-37) zusammengetreten sind. Daraus entstanden die formellen Schwierigkeiten, die Koscialkowski und Kwiatkowski überwinden mußten und überwunden haben.

Die sachlichen Gegensätze zwischen ihnen und der sogenannten Oberstengruppe um Slawek, Miedzinski und Matuszewski, die diese Schwierigkeiten anscheinend vorübergehend noch vermehrt haben, haben sich nicht als so groß erwiesen, wie die Gegner des Pilsudskikurses im In- und Ausland hofften. Die Obersten haben in Sejm und Senat für die Vollmachten der neuen Regierung gestimmt. Sie haben durch die Auflösung der von Slawek geleiteten Organisation des sogenannten Unparteilichen Blocks für die Zusammenarbeit mit der Regierung selbst die Führung von Agitation, Propaganda und Beeinflussung des Nachwuchses in die Hände der neuen Regierungsmänner übersehen lassen. Auch die führende Sorge einiger Berliner Blätter um die Stellung des Außenministers Oberst Beck, hat sich als reichlich verfrüht erwiesen. Sie erleichterte es der polnischen Außenpolitik nur, gerade in diesen Wochen zu der grundsätzlich so wichtigen Frage der Sanktionsanwendung gegen Italien genau umgekehrte Stellung zu nehmen wie das Deutsche Reich. Ein großes Schweizer Blatt hat diesen ersten Versuch praktischer Sanktionspolitik des Völkerbundes die Probe für den Fall eines Konfliktes in Europa selbst genannt und damit ausgesprochen, was die Politiker vieler anderer Länder im Stillen dabei gedacht haben. Muß man noch hinzufügen, wer dabei als zukünftiger Angreifer vorgestellt wird? Polens Teilnahme an den Sanktionen könnte den nationalsozialistischen Außenpolitikern eine weitere Warnung vor Illusionen über die Antwort sein, die sie selbst mit außenpolitischen Abenteuer hervorrufen würden. Wenn man sich statt dessen in Berlin um die Stellung des Außenministers Beck überflüssige Sorge machte, der diese Sanktionspolitik ebenso nüchtern unterstützte wie er die Vorteile des deutschen Verzehrs auf Grenzrevision für Polen wahrnahm, so zeigt das, wie hoch die Illusionen in der Reichshauptstadt immer noch ins Kraut schlagen. Als Gegner des Nationalsozialismus und als polnische Staatsbürger könnten wir uns über solche Selbsttäuschungen der Machthaber des Dritten Reiches freuen, wenn wir uns nicht als Deutsche darüber klar sein müßten, daß damit nicht nur das Halbkreuz, sondern auch das deutsche Volk für die Zukunft schweren Gefahren ausgesetzt wird.

Aber kehren wir von dieser Abschweifung in die Außenpolitik zurück zur Lage in Polen selbst, wie sie sich vier Wochen nach dem Antritt des neuen Kabinetts darstellt! Der Ministerpräsident Kos-

cialkowski und sein Stellvertreter Kwiatkowski haben die Vollmachten für das neue Kabinett nach einem Ausdruck der Sejmaussprache nicht als „Blankowechsel“ verlangt. Sie haben vielmehr dem Lande vorher volle Klarheit darüber gegeben, was sie mit diesen Ermächtigungen zu tun zedenken. Kwiatkowski's finanzpolitisches Sofortprogramm zum Ausgleich des Staatshaushalts legt der Gesamtbewölkerung zunächst neue schwere Lasten auf. Es ist wohl wahr, daß eine neue Anspannung der Steuerschraube angesichts der Budgetlage unvermeidbar war. Wir erkennen auch an, daß der Finanzminister sich um eine möglichst soziale Verteilung der vermehrten Bürden bemüht hat, daß er die starken Schultern viel schwerer belastete als die schwachen, die gesicherten Einnahmen schaffer heranzog als die ungesicherten, die Erwerbstätigen mehr zu schonen suchte als die Kostgänger des Staates selbst. Trotzdem wird die Bevölkerung der Städte und der Industriebezirke den Gürtel ein weiteres Mal enger schmalen müssen. Die Ausdehnung der Einkommensteuer auch auf Mountsunkünfte bis zu 100 Zloty hinab, die Erhöhung der Lebensmittelpreise durch die an sich notwendigen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, die Rückwirkungen der Sondersteuer auf die Beamtengehälter, die Einzelhandel und Kleingewerbe verspüren werden — das alles darf in dieser Krisenzeit nicht als leichte Sache betrachtet werden! Der Ausgleich durch die angekündigte Verbilligung der Wohnungsmiete und die versprochene Herabsetzung der Preise für Licht, Kochgas, Verkehr usw. wird den einzelnen Familien in den wenigsten Fällen genügen, um auch nur die bisherige, vielfach, ach, so bescheiden gewordene Lebenshaltung aufrechtzuerhalten. Was wird noch die Reform der Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte bringen? Abbau des übermäßigen bürokratischen Apparates wird jeder Steuer- und Gebührenzahler begrüßen. Aber muß nicht das Zustoßen des einen Lochs wieder andere aufreißen? Wird dadurch nicht der Etat für Pensionen und Renten neu anschwellen! Und wird, wenn dieser auch zusammengepreßt wird, alles auf die schon jetzt ganz ungenügende Wohlfahrtsfürsorge abgewälzt werden? Sorgenvolle Fragen! Wer die Notzustände in unserem Industriegebiet mit seiner hohen Arbeitslosenziffer kennt, weiß, wieviel Tränen und blasse Gesichter, wieviel Kinderleid und Muttersorge hinter den trockenen Begriffen stehen, die in den parlamentarischen Debatten und Zeitungsartikeln so glatt und gewandt hingeworfen werden.

Doch man muß den neuen Männern in Warschau das eine zugeben: Niemand hat in diesen Debatten ein ernsthaftes Programm zutage gebracht, das die Sanierung unserer Volkswirtschaft auf bequemen Wegen und ohne solche neuen Opfer sichert. Die offenen oder versteckten Inflationsverschiebe, die auch jetzt wieder aufgetaucht sind, stellen ja kein Heilmittel dar, sondern gewissermaßen nur eine vorübergehende Schmerzstillung, die tieferen Krankheitsursachen auf die Dauer nur verschlimmert. Kwiatkowski hat der Bevölkerung (im Gegensatz zu den Politikern der sogenannten Deflation, die mehr an Geldwert und Staatskasse denken als an Arbeitslosigkeit und Volknot) wenigstens den einen Trost versprochen, daß die Zeit der Opfer kurz sein wird. Was er jetzt für die Wirtschaftsbelebung tun kann, will er bereits gleichzeitig mit der Finanzsanierung versuchen, und die ganze Sanierungsperiode bemißt er, wenn wir ihn recht verstehen noch zwei Jahre. Von der erhöhten Kaufkraft der Landwirtschaft versprechen sich die neuen Männer gewisse entspannende Wirkungen — so-

Wir bringen heute:

- Wo steht die Bekenntniskirche?*
- Ein Aufsehen erregender Brief Prof. K. Bartb Churhill über Hitler*
- Das neue deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen*
- Was dementiert Dr. Goebbels*
- Die Kirche im III. Reich*
- Karl Sonnenschein darf nicht gefeiert werden!*
- Neue Wege der Seelsorge*
- Sammlung zur Aufbauarbeit*
- Wahlfälschungen in Danzig*
- Einheitsfront à la Harzburg aufgefliegen*
- Nichtangriffspakt zwischen JDP und VB*
- Der Bürgermeister von Wartha*
- Unser neuer Roman: „Kampf um Alexander“*

gar schon nach der nächsten Ernte. Ja, die Optimisten behaupten sogar, daß schon jetzt, nach der ländlichen Schuldenstundung, mehr von den Bauern und Gutsbesitzern in den Städten gekauft wird als noch vor einigen Monaten. Wir wollen auch diese freundlicheren Züge im ersten Bild der Wirtschaftsaussichten für die nächste Zeit gern verzeichnen. Aber leichtfertiger Optimismus scheint uns noch nicht am Platze. Der Winter, der vor uns liegt, wird in unseren industriellen Bezirken hart und öfterreich bleiben.

Umso erfreulicher ist es, daß in der Zeit dieses schweren wirtschaftlichen Drucks wenigstens politischen Spannungen im Lande von der neuen Regierung aus vorsichtig, aber zweckvoll gemildert werden. Die Ankündigung einer Generalamnestie, die politische Vorgehen noch besonders berücksichtigt, kommt spät, aber nicht zu spät. Ein weiteres günstiges Zeichen ist es, daß jetzt auch innerhalb des Regierungslagers bereits offen davon gesprochen wird, die neue Wahlordnung des Kabinetts Slawek wieder abzuschaffen oder doch nochmals zu reformieren. Wir haben in diesen Blättern ohne Schärfe, aber in aller Aufrichtigkeit bereits mehrmals darauf hingewiesen, wie wenig sich diese Wahlordnung bewährt hat. Eine gewählte Vertretung unserer deutschen Minderheit in den gesetzgebenden Körperschaften und in der schlesischen Selbstverwaltung ist dadurch überhaupt nicht mehr zustande gekommen. Kräfte, die zur Mitarbeit am öffentlichen Wohl bereit waren, wurden ausgeschaltet, Ventile verstopft, die in Notzeiten besonders weit offen gehalten werden müßten. Niemand kann behaupten, daß die gesetzgebenden Körperschaften jetzt ihre Aufgabe besser erfüllen als vorher. Im Gegenteil, sie arbeiten schwerfälliger geschwätziger und ohne den notwendigen Widerhall in der Öffentlichkeit. Ministerpräsident Koscialkowski gilt als ein Mann, der soziales Verständnis mit einer Auffassung von politischer Führung verbindet, in der autoritäre Formen nur als Mittel der Erziehung zur Demokratie Platz haben. Wir hoffen, er wird die Opfer, die er allen Bürgern des Staates zumuten muß, auch durch schrittweise Erweiterung unserer Rechte erleichtern und behüten.

10.11.1935
 # 41
 DER DEUTSCHE IN POLEN

Wo steht die Bekenntniskirche?

Ein Aufsehen erregender Brief des protestantischen Dogmatikers Univ. Prof. D. Karl Barth

Die nationalsozialistischen Machthaber, bei ihren Totalitätsansprüchen durch die Spaltung im deutschen Protestantismus vor eine unangenehme, ja höchst gefährliche Situation gestellt, versuchen nun nach dem Fiasko des deutschchristlichen Kirchenregiments Müller, die Bekenntniskirche kompromittibelster zu machen und dadurch ihrem Ziel, eine dem nationalsozialistischen Staat in jeder Hinsicht gefügige und ihm dienstbare evangelische Reichskirche aufzurichten, auf dem Wege der „Verständigung“ näher zu kommen. Die Ueberprüfung aller Disziplinarverfahren und die Einstellung sämtlicher Disziplinarmaßnahmen gegen Bekenntnisgebilde, die viel Kummer und manches Martyrium geschaffen haben, sowie die Freigabe der den Bekenntnisgeistlichen gesperrten Gotteshäuser und noch manche andere versöhnende Geste können nur oberflächliche Beobachter der geistlichen Auseinandersetzungen im Dritten Reich darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um mehr denn einen Waffenstillstand handelt, darauf berechnet, die herrschende Verwirrung im deutschen Protestantismus nur noch zu steigern. Die Bekenntniskirche, gegen die der Kampf der nationalsozialistischen Usurpatore gerichtet ist, hat bislang bedeutende und bewunderungswürdige Energien gezeigt, wenngleich sie noch nicht vor allerletzte Entscheidungen sich gestellt sah. Und doch wird ihr diese Entscheidung nicht erspart bleiben, ebensowenig wie ihr die Katholische Kirche wird ausweichen können.

Wo steht die Bekenntniskirche und was will sie? — eine Frage, die heute mehr denn je zuvor die hervorragendsten Männer des deutschen Protestantismus beschäftigt.

Wir sind heute in der Lage einen Brief des bedeutendsten protestantischen Dogmatikers der Gegenwart, Univ. Prof. D. Karl Barth, zu veröffentlichen, der selber ein Opfer nationalsozialistischer Unduldsamkeit geworden ist. Karl Barth war bis Anfang 1935 Professor in Bonn, wurde dann aber entlassen, weil er sich weigerte, den Eid auf Hitler ohne religiöse Vorbehalte zu leisten. Es ist noch in aller Erinnerung, welches starke Echo Barths mutige Haltung in der ganzen christlichen Welt geweckt hat: Die Bekenntniskirche hat neuen Impuls erhalten. In seinen uns von reichsdeutscher evangelischer Seite zur Veröffentlichung überreichten Brief gibt nun Karl Barth Aufklärung über die Vorgänge jener Tage und ihre Begleiterscheinungen, welche Darstellung geeignet ist, die christliche Welt erneut aufhorchen zu lassen. Karl Barth kritisiert mit der ihm eigenen Offenheit die Beschlüsse der Bekenntnissynode von Augsburg, deren nicht eindeutige Stellungnahme zu dem Kirchenkonflikt, im Gegensatz zu den Beschlüssen von Barmen, wohl begründete Bedenken hervorgerufen hat. Darüber hinaus präzisiert Karl Barth die Elastizität der Kirche zum nationalsozialistischen Staat in einer bislang nicht gehörten Form, die geeignet ist, größtes Aufsehen zu erregen.

Wir bringen den Brief von Karl Barth im vollen Wortlaut unter Auslassung jener (unwesentlichen) Wendungen, die wir aus naheliegenden Gründen streichen mußten. Die Auszeichnungen und Sperrungen in diesem historischen Dokument stammen von uns.

Die Redaktion.

Professor Dr. Karl Barth

Bergli-Oberrieden (Kt. Zürich), 30. Juni 1935.

Herrn in

Lieber Herr.....!

Es wird Ihnen längst bekannt sein, daß ich, nachdem Minister Dr. Rust mich acht Tage nach dem Berliner Urteilsspruch meines Amtes enthoben hat, am Dienstag, dem 25. Juni, den erwarteten Ruf nach Basel erhalten und angenommen habe. Die Entscheidung, deren Erwägung uns allen so viel Sorge und Mühe gemacht hat, ist nun also gefallen. Es bleibt mir nunmehr nur übrig, Ihnen, den Herren und Brüdern von der Bekenntniskirche fürs Erste bedrängten Herzens Lebewohl zu sagen und Ihnen für die mir von Ihnen allen in den vergangenen und bevorstehenden Zeiten reichlich bezugte Liebe und Treue herzlich zu danken. Ich möchte das aber nicht tun, ohne noch einmal versucht zu haben, Ihnen und den andern Freunden Rückschau darüber abzulegen, wie es gekommen ist, daß ich mich schließlich so und nicht anders entschieden habe.

Es ist dabei wohl gut, wenn ich ausdrücklich dies voranstelle, daß ich weiß und bedenke: Gott allein kennt die Herzen. Es bedeutet dies in diesem Falle ein Doppelttes: Es steht mir vor Augen, daß meine eigene Entscheidung irgendwo in mir selbst gefallen ist, wo mich nur Gott kennt, wo ich auch mir selber verborgen bin. Die mir bewußten Motive meines Schrittes können und sollen Ihnen also das Eigentliche und Letzte, das bei mir schließlich den Ausschlag gegeben haben mag, eben nur andeuten, soweit ich es zu kennen meine. Und es steht mir ebenso vor Augen, daß auch alles das, was Andere in dieser Sache getan oder nicht getan haben und das ich hier zur Sprache bringen muß, sowohl als überhaupt kenne, von Geheimnissen umgeben ist, die ich nicht hineinschäne. Ich kann und darf also im Grunde nur davon reden, wie es sich mir darstellte, und wie es schließlich auf mich gewirkt hat. Halten Sie es mir also zu Gute, wenn ich mich über mich selbst oder über Andere irren sollte. In solcher Lage müssen wir uns ja immer trösten, daß wir miteinander im Gericht Dessen sind, dessen unzerstörbares Verstehen keine Grenzen hat.

Mit diesem Vorbehalt angedeutet, legt sich mir das, was ich Ihnen und hier bedacht habe, um dann doch den Basler Rat anzunehmen und also für einen Ruf der deutschen Bekenntniskirche trotz so manchen an mich gerichteten Appells nicht mehr

offen zu bleiben, in folgende Erwägungen auseinander:

L. Ich hatte, seit mein Verbleiben in Deutschland auf der rheinischen Synode im April durch den Vorstoß von... aufs Neue zur Sprache gebracht war, auf einen deutlichen und bestimmten Ruf seitens der verantwortlichen Bruderräte der Westkirche, also von Rheinland und Westfalen gewartet. Ich hatte das klar und oft genug ausgesprochen und auch das nicht verheimlicht, daß mir dieser Ruf in Form eines endgültigen und verbindlichen Angebots in dem Augenblick, in dem der Staat mich voraussichtlich fallen ließe, bekannt sein müsse, wenn er für mich angesichts meiner schon halb bestehenden Basler Bindung diskutierbar sein sollte. Ohne den in Betracht kommenden Motiven und Quietiven noch einmal nachgehen zu wollen, wie ich es in meinem Brief... vom 15. Juni getan habe, kann ich nur feststellen, daß es dazu, obwohl seit der rheinischen Synode Zeit genug ins Land gegangen ist, tatsächlich nicht gekommen ist. Wie habe ich hier in den ersten Juniwochen und auch noch während des ganzen 14. Juni vergeblich auch nur nach einer Nachricht ausgeschaut! Auf Grund welcher Mißverständnisse konnte man glauben, daß ich, wie man mir nun nachträglich zumuten will, den Beschluß der rheinischen Synode (den doch der Bruderrat erst ausführen sollte!) oder die Sendung der Brüder..... und..... nach Friedrichshafen (die doch nur das Allgemeine wiederholen konnten, was die rheinische Synode schon ausgesprochen hatte!) als Ersatz für das, was man in der ganzen Welt unter einer ernsthaften und gültigen Berufung versteht, aufnehmen könne und werde? Oder wie konnte man glauben, damit etwas Hilfreiches zu tun, daß man mir des Oeffteren, bis in die zwölfte Stunde und darüber hinaus zurief, ich möchte mich für eine von niemandem verantwortliche beschlossene zukünftige Berufung „offenhalten“? Was soll ich davon denken, wenn ich noch in einem vom 25. Juni (?) datierten Brief von D. Humburg suchlich nur das zu lesen bekomme, im übrigen aber vernehmen muß, daß der westfälische Bruderrat sich der Sache überhaupt nicht annehmen wolle, während der rheinische einen Antrag an den Bruderrat der Altpreußischen Union gerichtet habe in welchem neuerdings von einer theologischen „Akademie“ die Rede war, während des Projektes Graeber, mit dem ich nach seit der rheinischen Synode allein auseinandersetzen hatte, überhaupt nicht mehr gedacht wurde! Ist es nicht zum Lachen oder auch zum Weinen, daß man sich im rheinischen Bruderrat

in einem Augenblick, da hier schon alles verloren war, über die wichtige Frage gestritten zu haben scheint, ob die Sache, zu der mich dann der altpreußische Bruderrat berufen solle, besser „Hochschule“ oder „Akademie“ genannt werden sollte? Ich frage: Warum hat mich die Leitung der Bekenntniskirche damit so in Not bringen und mir die Basler Entscheidung förmlich aufzwingen müssen, daß sie in der entscheidenden Stunde, trotz Synodalbeschlusses, trotz aller Abreden weder wußte, was sie wollte, noch wollte, was sie wußte? Könnte es anders sein, als daß ich mir in dieser entscheidenden Stunde durchaus „unberufen“ vorkommen mußte und darum da zusagte, wo ich eine deutliche und bestimmte Anfrage zu hören bekam?

2. Gewiß würde ich nun den Humor und die Freiheit wohl aufgebracht haben, über die allerdings erschütternde Unklarheit dieses Rufes, der nicht gerufen wurde, hinwegzusehen, wenn mir im übrigen gerade aus den Kreisen der führenden Männer der Bekenntniskirche auch nur ein wenig mehr Vertrauen und Entschlossenheit entgegengebracht worden wäre. Ich hätte einen formell einwandfreien Ruf schließlich auch entbehren können, wenn ich in einiger Breite den Boden der Gewißheit unter den Füßen gehabt hätte: ich werde gerade in den besonderen Punkten, die mir von Seiten des Staates zum Vorwurf gemacht werden, von den in der Bekenntniskirche öffentlich und verantwortlich handelnden Männern verstanden, gehalten und getragen, meine Sache ist die ihrige, wie die ihrige die meine ist; sie werden, wenn es zum Treffen kommt, unter allen Umständen ebenso solidarisch neben mir stehen, wie ich mich neben sie gestellt habe.

Wir sind einzig darin, lieber Herr Pastor, daß die Kirche sich nicht auf menschliche, sondern nur auf göttliche Treue gründen, verlassen und berufen kann. Aber es ist für einen, der sich nicht für einen Propheten hält, nicht ratsam wäre, allein auf Grund einer vocatio interna et immediata handeln zu wollen, wenn das Wort der Brüder zu einer legitimen vocatio notwendig hinzugehört, dann ist es nicht nur erlaubt, sondern geboten, sich nach einer solchen schlicht solidarischen Haltung der Brüder als nach dem Zeichen des Vorhandenseins echter Bruderschaft und also als nach dem Zeichen der Echtheit auch der notwendigen vocatio externa e mediata einigermaßen umzusehen.

Und nun muß ich Ihnen sagen, daß ich seit dem Tage meiner ersten Maßregelung im November nun doch zu wenig von diesem Zeichen wahrgenommen habe, um in dem mir allerdings von vielen Seiten ausgesprochenen Wunsch, ich möchte in Deutschland bleiben, einen bindenden Ruf zu erkennen. Die einzige große Ausnahme, die ich als solche wahrlich nie vergessen werde, war das öffentliche, votum, das Pastor... seinerzeit zusammen mit... zur Fidesfrage abgegeben hat. Alles Übrige bewegte sich auf der Linie von Sympathie-Kundgebungen und Postulaten, die mich wohl gefreut und gestärkt haben, die mich aber unverbindlich wie sie gemeint waren und ausgesprochen wurden, meiner stets nicht binden konnten. Zu irgendwelchen entsprechenden Taten ist es ja nicht gekommen. Wohl aber kam es zu Vorgängen, in denen ich nur Versuche sehen konnte, sich mir gegenüber vorsichtig abzugrenzen, zu distanzieren, sich frei zu halten und sich zu schützen. Der führende Bekenntnispfarrer in Bonn hat es nach meiner Suspension flugs richtig gehalten, mir seine Kanzel zu verweigern, obwohl ich dort sogar Mitglied des Presbyteriums war. Man hat mich nach dem Kölner Urteil und seiner Begründung, in einem Augenblick und in einer Situation, in der einer bekennenden Kirche wirklich andere Probleme gestellt waren, nach meinem politischen Denken und Tun gefragt, hat es mir ohne allen bekenntnismäßigen Grund als Belastung angerechnet und zum Vorwurf gemacht. Es ist nicht nur die V. K. L. (Vorläufige Kirchenleitung) sondern auch die verschiedenen bruderrätlichen Instanzen es für selbstverständlich gehalten, daß ich

den Revisionsprozeß — zu dessen Führung man mich zuvor nicht dringend genug (aber freilich auch nicht unverbindlich genug!) auffordern konnte — auf eigene Faust, d. h. ohne irgend einen öffentlichen Erweis, daß meine Sache die der Bekennenden Kirche sei, durchzuführen habe. Kaum von den D. C. (Deutschen Christen, D. R.) und meines Wissens gar nicht von Staat und Partei, wohl aber von Leuten der Bekenntniskirche bis hin zu prominenten Mitgliedern des Reichsdruckerates wurde von meiner gewiß nicht vorsichtigen, aber auch nicht welterschütternden Äußerung über die „Nordgrenze“ größtes Aufsehen gemacht, wurde sie schriftlich und mündlich über ganz Deutschland verbreitet. Und dann hat man mich noch zuletzt — und dies geschah leider entscheidend vom Rheinland aus — von der Augsburger Synode mit einer Begründung ferngehalten, deren greifbare Künstlichkeit mir nur um so deutlicher machen konnte, was man hinsichtlich meiner wollte oder nicht wollte. Ich bitte Sie zu verstehen, daß diese Dinge im Blick auf die mich immer wieder erreichende, gewiß ehrlich und freundlich gemeinte Einladung, in Deutschland zu bleiben, nicht nur nicht hindend auf mich wirken konnte, sondern geradezu lösend auf mich wirken mußte. Man kann eben einen Mann nicht rufen, wenn man ihm gleichzeitig so vielfach und so deutlich zu verstehen gibt, daß man ihn für gefährlich hält und daß man lieber nicht mit ihm zusammen „unter den Linden“ sich sehen lassen will. Konnte man es wirklich von mir als die Tat der „Barmherzigkeit“ verlangen, daß ich von Augsburg fernbleibe, dann muß man auch bezweifeln, wenn in mir der Eindruck entstand, die noch größere „Barmherzigkeit“ könne und müsse darin bestehen, daß ich die deutsche Bekenntniskirche überhaupt von meiner so stark als Belastung empfundenen Gegenwart befreie. — Ist dieser Eindruck ein zufälliger und übertriebener? Bitte, bedenken Sie, daß ich außer meinem Fall auch das eigentümliche Verfahren vor Augen hatte, das seitens der Führung der Bekenntniskirche gegenüber meinem weniger als ich geschätzten Freund D. Günther Dehn, Berlin, zur Anwendung gebracht wurde. Die Bekenntniskirche hat weder hier noch dort die Fähigkeit bewiesen, verbindliche, d. h. durch ein entsprechend bekenntnismäßiges Handeln interpretierte und darum dann auch bindende Befehle erteilen zu lassen.

2. Ich denke nun aber, daß auch der eben erwähnte Gesichtspunkt für meine Entscheidung nicht ausschlaggebend hätte werden können, wenn ich mich mit der deutschen Bekenntniskirche hinsichtlich ihres allgemeinen Weges nach wie vor in einem genügenden Maße einig wissen könnte. Das ist seit der Augsburger Synode — in deren Würdigung ich auch mit Ihnen und ... nicht übereinstimmend bin — nicht mehr der Fall. Es ist mir nicht mehr genügend genaug, daß ich, als das verbindliche Telegramm des Ministers am 22. Juni, 1934, gerade ahnungslos mit der nachdenklichen Lektüre der gedruckten Beschlüsse dieser Synode beschäftigt war. Ich kann vom Bekenntnis her nicht verstehen, wie man angesichts der bisherigen, und nun geltenden, ist, der V. K. L. gerade „außer der Kirche“ anzusprechen (5). Ich kann nicht verstehen, in welcher Form der beschlossene Umgang des Verhältnisses von V. K. L., Reichs- und Bekenntnissynode, angesichts der Tatsache, daß uns seit dem 20. November 1934 beiderseitig eine Vereinbarung, die sich auf die „Gemeinden etc.“ auf Seite 8 der Satz: „die Güte Gottes“ einschließen konnte, der offene Konzession an das Dogma der D. C. (Deutsche Christen, D. R.) bedeutet, die man in den von den Bekenntnissynoden unterlassen — die längst ersuchte aber nicht wünschbare Abklärung wird damit geschaffen sein; während in demselben Zusammenhang der wahrhaft konkret gestellten Eidesfrage überhaupt nicht gedacht wird.

Wie war es möglich, daß die Bekenntnissynode jetzt auf einmal (13) den einst zwischen dem Reich und Baldur von Schirach abgeschlossenen Jugendvertrag, den man bisher immer als untragbar bezeichnet hat, sang- und klanglos ratifizieren konnte? Zu was bekennt sich die Bekenntnissynode (15) mit dem hervorgehobenen Gruß nun gerade an D. von Bodelschwingh? Was steht da in 17 wieder für Loyalitätsbetonungen? Sind sie aufrichtig? Wie seltsam ahnungslos oder gar schlafend müßte dann die deutsche Christenheit die Entwicklung der letzten Jahre begleitet haben!

Ich weiß aber, wie viele der mir bekannten Führer der Bekenntniskirche über die in Frage kommenden Personen, Ereignisse und Verhältnisse tatsächlich weniger kritisch denken als etwa ich, und davon verstehe ich nicht, wie man aufrichtigerweise nicht und noch einmal so tun konnte, als ob für das christliche Verständnis des heutigen, konkreten Ver-

hältnisses von Evangelium und Staat allein Röm. 13 etc. und nicht auch die Apokalypse, nicht auch das Verhalten der alttestamentlichen Propheten maßgebend sein müßte. Und, was in aller Welt mag man sich bei dem Satz Seite 16: „Wir bitten inständigst...“ vom Bekenntnis her gedacht haben! Durfte man sich angesichts aller Dinge der erreichten Einmütigkeit und dessen trüsten, das den Episkopalen und Konfessionellen immerhin auch einige Felle weggeschommen sind? Erquickt man sich nun wirklich auch im Rheinland an jenem Sonnenstrahl, der zum Schluß (wie einst bei der Proklamation der conceptio immaculata) auf den silbernen Altarcrucifixus gefallen sei? Besteht wirklich Anlaß zu einem Halleluja darüber, daß die „Linien“ inskünftig die Linie Burmen-Dahlem-Augsburg heißen werde? Ich könnte und ich kann mich dieses Augsburger Religionsfriedens unmöglich freuen. Und wenn ich mich unter anderen Umständen einfach genügt gesehen hätte, innerhalb der deutschen Bekenntniskirche den ehrlicheren Kampf dagegen anzunehmen, so mußte ich mir, da er in dem Augenblick Ereignis wurde, da diese Bekenntniskirche mich herrufen zu wollen schien, sagen: Gerade in Zeichen dieser Synode kann ich durch diese Bekenntniskirche gar nicht legitimiert berufen werden. Wolte und will die Bekenntniskirche nur eben das, führte ihr Weg von Barmen über Dahlem wirklich nach Augsburg, wo man mich ja immerhin lieber nicht dabei haben wollte, dann kann sie nicht gleichzeitig meine weiteren Dienste haben wollen, dann darf, nein, dann muß ich meine wirkliche, nicht angenehme Funktion in diesem kirchlichen Raum meiner Aufgabe, immer wieder meine längst bekannten Fragen zu stellen und Widersprüche anzudeuten, als beendet ansehen.

4. Mit dem Hinblick auf den Tenor des in den Augsburger-Beschlüssen Gesagten, steht ein viertes in Zusammenhang. Meine Gedanken über das gegenwärtige Regierungssystem in Deutschland, die von Anfang an ablehnend waren, in denen ich mir aber anfangs, wie meine Veröffentlichungen zeigen, immerhin eine gewisse Zurückhaltung anferlegen konnte, haben sich mit der Zeit und im Lauf der Ereignisse so zugespitzt, daß meine weitere Existenz in Deutschland, da die Bekenntniskirche mich bei diesen Gedanken im Ganzen nicht tragen kann, sozusagen physisch unmöglich geworden ist. Ich zweifle nicht daran, daß unzählige ihrer Glieder im Stillen genau so denken wie ich und ich bin überzeugt, daß auch die Bekenntniskirche als solche über kurz oder lang vor der Frage stehen wird, ob sie nicht vom Bekenntnis her genau so denke — und dann auch entsprechend reden und handeln müsse. Im gegenwärtigen Augenblick aber steht die Bekenntniskirche als solche wie gerade Augsburg gezeigt hat, nicht dort. Sie denkt noch gar nicht daran, daß sie ein „Wort an die Obrigkeit“ richtend, auch noch etwas anderes auszusprechen haben könnte als die mit der Betätigung ihrer politischen Zuverlässigkeit begründete „inständige Bitte“ um die Erhaltung ihres durch die Reichsregierung garantierten Bestandes und daß ihr Gebet um die von Gott gesetzte Obrigkeit seine Echtheit darin erweisen müßte, daß es,

we sie die Lüge und das Unrecht zum Prinzip erhoben sieht, eines Tages auch zu dem in den Psalmen vorgesehene Gebet um Befreiung von einer fluchwüchsig gewordenen Tyrannei wer-

den könne. Sie hat für Millionen von unrecht Leidenden noch kein Herz. Sie hat zu den einfachsten Fragen der öffentlichen Rätlichkeit noch kein Wort gefunden. Sie redet, wenn sie redet, noch immer nur in ihrer eigenen Sache. Sie hält noch immer die Fiktion aufrecht, als sie es in ihrem heutigen Staat mit einem Rechtsstaat im Sinne von Röm. 13 zu tun habe. Und es ist heute weniger als je zu erwarten, daß sich darin so bald etwas ändern werde. Es wird mir eine peinliche Erinnerung andieletztsten zwei Jahres sein und bleiben, daß ich selber nicht kräftiger in der hier gebotenen Richtung vorgestoßen habe.

Vielleicht stand es mir als Schweizer auch nicht an, dies zu tun. Jedenfalls könnte ich jetzt nicht mehr länger dabei mit tun, zu schweigen, wo geredet werden sollte, zu reden, wo Schweigen die allein würdige Rede wäre. Ich würde aber, wenn sich eine andere Haltung sichtbar machen wollte, von fern nicht den Boden der Bekenntniskirche unter den Füßen haben, wie sie nun in Augsburg in die Erscheinung getreten ist. Auch darum kann ich mich von dieser Bekenntniskirche auch jetzt nicht legitim berufen fühlen.

Dies, lieber Herr Pastor, sind Dinge, die ich Ihnen und den anderen Herren, Brüdern und Freunden, noch einmal sagen wollte. Ich bitte Sie am Schlusse dieses Briefes des Vorbehalten nochmals zu bedenken, den ich am Anfang allen Ernstes gemacht habe. Und Sie wissen, daß das Gesagte nicht alles ist, was ich von der deutschen Bekenntniskirche zu sagen habe. Ich habe allen Anlaß, nicht nur Gott, sondern auch vielen Menschen dafür zu danken, daß ich in dieser Sache mittun durfte und ich werde sie aus der Ferne und ohne die Möglichkeit einer direkten Einwirkung immer als meine eigene Sache betrachten und ihren weiteren Gang, wie er sich auch gestalten möge, so begleiten, wie Christen die Sache ihres Herrn in der Nähe oder aus der Ferne begleiten sollen. Was ich Ihnen mitteilen wollte, war nur eine Erklärung darüber, warum ich — da ich nun einmal schicksalsmäßig im Unterschied zu anderen vor die Wahl gestellt war — schließlich so und nicht anders und also innerhalb des Raumes der Kirche fürs Erste den schweizerischen statt des deutschen Raumes gewählt habe. Sie wissen, daß ich nicht nur Ihnen, und unseren näheren Freunden, sondern auch den meisten von denen, die sich in diesem Briefe direkt und indirekt angeklagt finden möchten, menschlich und persönlich auf herzlichste zugetan bin, daß mir die nun eingetretene äußere Entfernung sehr, sehr leid tut, und daß ich andererseits gewiß bin, daß in diesen Jahren Verbindungen entstanden sind, die auch den Gefahren dieser Entfernung standhalten werden. Eben im Blick auf diese feste Zusammengehörigkeit habe ich es gewagt, mich einmal ein offenes Wort zu sagen und wage ich es, so oder so bestimmt, mit Ihrem Verständnis für meine Lage und meinen Entschluß zu rechnen. Es ist mir zum Schluß eine traurige Pflicht, das Moderamen des Reformierten Bundes um meine Entlassung aus seiner Mitte zu bitten. Ich war immer gerne in seinem Kreise. Ich grüße alle und jeden Einzelnen und danke für die Offenheit und für die oft nötige Geduld, mit der sie alle mich aufgenommen und mir die Mitarbeit leicht gemacht haben. Indem ich Sie und mich mit allen die wir für Gute und Böse halten, Gott befehle, bis ich mit sehr herzlichem Gruß

Ihr
gez. Karl Barth.

„Die religiöse Revolution“

Artur Dinter, der von 1924 bis 1930 nationalsozialistischer Fraktionsführer war, als einer von der „alten Garde“, schreibt in der letzten Ausgabe seines volkskirchlichen Kampfblattes „Die religiöse Revolution“ über Adolf Hitler:

„Ganz gewiß ist der Führer kein Christ im Sinne des jüdisch-paulinischen, durch und durch gott- und heilandswidrigen Aberglaubens, den die beiden heutigen Kirchen lehren. Wer den Führer kennt, wer sein Wollen und Wirken von seinem ersten Auftreten an seit mehr als fünfzehn Jahren verfolgt, der weiß, daß er über jeden engberzigen Konfessionalismus hin melhoch er-

haben ist. Er macht nicht viel Worte, sondern er handelt, wie es die Befreiung des deutschen Volkes aus der Sklaverei des unter der idealen Urhebererschaft des Papstes vollzogenen Versailles Vertrags, und nicht minder sein Winterhilfswerk Jahr für Jahr zur Genüge beweisen.“

Die gleiche Erkenntnis gewann der Hauptträger der christlichen Wiedervereinigungsbestrebungen innerhalb des Protestantismus, Erzbischof Nathan Söderblom von Uppsala, nach seinem Besuch bei Adolf Hitler, von dem er sagt: „Dieser Mann ist, was das Christentum betrifft, chemisch rein.“